Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2026/2035(INI)

7.5.2026

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Pakt für den Mittelmeerraum als neue gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und dem Mittelmeerraum (2026/2035(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Nicola Zingaretti

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

BEGRÜNDUNG.....8

ANLAGE: ERKLÄRUNG ZU BEITRÄGEN 9

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Pakt für den Mittelmeerraum als neue gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und dem Mittelmeerraum

(2026/2035(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Abschlusserklärung der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz von Barcelona vom 27. und 28. November 1995 und das Arbeitsprogramm der Konferenz,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Oktober 2025 mit dem Titel „Pakt für den Mittelmeerraum: Ein Meer, ein Pakt, eine gemeinsame Zukunft“ (JOIN(2025)0026),

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 20. November 2025 zum Pakt für den Mittelmeerraum,

– unter Hinweis auf den Aktionsplan im Rahmen des Pakts für den Mittelmeerraum – Frühjahr 2026,

– unter Hinweis auf den Bericht der Hochrangigen Beratungsgruppe vom Oktober 2003 mit dem Titel „Dialogue Between Peoples and Cultures in the Euro-Mediterranean Area“ (Dialog zwischen Völkern und Kulturen im europäischen Mittelmeerraum),

– unter Hinweis auf den Aktionsplan für das Mittelmeer des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP/MAP),

– unter Hinweis auf das neunte Forschungsintervall („Wave IX“) des unabhängigen Forschungsnetzwerks Arab Barometer,

– unter Hinweis auf seine frühere Entschließung zu den Beziehungen Europa-Mittelmeer,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0000/2026),

A. in der Erwägung, dass der Mittelmeerraum ein gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Raum ist; in der Erwägung, dass die Europa-Mittelmeer-Dimension in die gemeinsame Verantwortung der EU als Ganzes fällt;

B. in der Erwägung, dass die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Zusammenarbeit der EU mit ihren südlichen Partnern dadurch beeinträchtigt wird, dass der Eindruck entstanden ist, dass ihre Grundsätze uneinheitlich angewandt werden;

C. in der Erwägung, dass 30 Jahre nach der Einleitung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (Barcelona-Prozess) die Prioritäten Multilateralismus, Mitverantwortung, Unterstützung durch die Zivilgesellschaft und direkte Kontakte zwischen den Menschen nach wie vor wesentliche Bezugspunkte sind;

D. in der Erwägung, dass die Union für den Mittelmeerraum (UfM) einen Prozess der institutionellen Reform und der operativen Neuausrichtung eingeleitet hat;

E. in der Erwägung, dass die Sozialpartner, insbesondere Gewerkschaften und Handelskammern, wichtige Akteure bei der Umsetzung des Pakts für den Mittelmeerraum sind;

F. in der Erwägung, dass der Pakt in einer mittel- bis langfristigen Vision verankert werden muss, die auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen abgestimmt ist;

G. in der Erwägung, dass Seine Heiligkeit Papst Leo XIV. die internationale Gemeinschaft aufgefordert hat, die Ursachen der Verzweiflung zu beseitigen, und davor gewarnt hat, das Mittelmeer zu einem „Friedhof“ werden zu lassen, „wo selbst die Hoffnung stirbt“;

H. in der Erwägung, dass das kirchliche Koordinierungsbüro für den Mittelmeerraum (COMED) auf Initiative von Papst Franziskus im Anschluss an die Mittelmeer-Begegnungen (MED23), die im September 2023 in Marseille stattfanden, als ein Gremium eingerichtet wurde, das sich der Förderung von Gemeinschaft, Frieden und Brüderlichkeit an den Küsten des Mittelmeerbeckens widmet;

Der Pakt für den Mittelmeerraum

1. hält es für wesentlich, die aktive Rolle der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft wiederzubeleben, um den Dialog, die Stabilität und den Frieden im Mittelmeerraum wiederherzustellen; betont, dass der Mittelmeerraum kein Brennpunkt von Konflikten und Kriegen bleiben darf, und fordert eine neue Phase, die auf der aktiven Rolle der Menschen, der Zivilgesellschaft, der Unternehmen und der lokalen Verantwortungsträger als Triebkräfte eines erneuerten Pakts für Dialog und Zusammenarbeit beruht;

2. ist der Ansicht, dass der Pakt für den Mittelmeerraum eine Gelegenheit bietet, die Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum zu erneuern und zu stärken, indem angesichts der Spaltungen und des mangelnden Ehrgeizes der Regierungen stattdessen auf die Menschen gesetzt wird und Lehren aus den Mängeln früherer Kooperationsrahmen gezogen werden und diese erneuerte Partnerschaft auf der gemeinsamen Verantwortung als zentralem Grundsatz aufgebaut wird, wobei ihr Erfolg auf der tatsächlichen Einbeziehung der Menschen, der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft beruhen wird;

3. unterstützt das Ziel, den Mittelmeerraum als gemeinsamen Raum für Zusammenarbeit und wirtschaftlichen und kulturellen Austausch neu zu beleben und Wachstum, Stabilität und Frieden zu fördern;

4. begrüßt die Ernennung des ersten Kommissionsmitglieds für den Mittelmeerraum und die Einrichtung einer eigenen Generaldirektion, worauf nun ein kohärenter politischer Fokus und kohärente politische Entscheidungen folgen müssen;

5. unterstützt die im Aktionsplan als vorrangig eingestuften Maßnahmen; ist der Ansicht, dass alle Phasen auf einem kohärenten strategischen Ansatz beruhen sollten, der über eine bloße Liste von Maßnahmen hinausgeht;

6. betont, dass der Pakt für den Mittelmeerraum nur dann erfolgreich sein kann, wenn die dadurch entstehenden Vorteile letztlich den Menschen im Mittelmeerraum zugutekommen; bekräftigt, dass ein starker Schwerpunkt auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Transparenz gelegt werden muss;

7. stellt fest, dass den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, den Sozialpartnern, den Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Privatwirtschaft in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zukommt; ist der Ansicht, dass es für eine konsequente Umsetzung der Ziele des Pakts erforderlich ist, von einer bloßen Konsultation zu einer echten Mehrebenen-Governance überzugehen;

Institutionelle und politische Herausforderungen

8. ist der Ansicht, dass das Parlament eine zentrale Rolle bei der Überwachung der Umsetzung des Pakets spielen muss, insbesondere bei der Überwachung der Kohärenz zwischen den politischen Zielen und den vorgeschlagenen Maßnahmen;

9. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass künftigen Aktualisierungen des Aktionsplans strukturierte Dialoge mit den Partnerländern und dem Parlament vorausgehen;

10. beharrt darauf, dass der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) eine substanzielle und verstärkte Rolle bei der Überwachung der Umsetzung des Pakts eingeräumt wird;

11. begrüßt die vorgeschlagene Einrichtung einer Parlamentarischen Jugendversammlung für den Mittelmeerraum; spricht sich dafür aus, diese Jugendversammlung im Rahmen der PV-UfM zu verankern;

12. betont, dass es wichtig ist, die Süd-Süd-Beziehungen zu fördern und den regionalen Dialog zu stärken;

13. besteht darauf, dass im nächsten mehrjährigen Rahmen eine angemessene Finanzierung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer sichergestellt wird und dass das Ambitionsniveau des Pakts letztlich anhand der ihm zugewiesenen Mittel beurteilt wird;

Die Menschen

14. begrüßt nachdrücklich die Initiative einer Europäischen Mittelmeer-Universität, betont, dass die akademische Zusammenarbeit die größte Wirkung entfaltet, wenn sie über persönliche Präsenz und direkten Austausch erfolgt, und ist der Ansicht, dass ein Netz von Partnerschaftsvereinbarungen das verlässlichste Instrument hierfür darstellt;

15. weist darauf hin, dass Studienvisa einen begrenzten und überschaubaren Anteil an den Migrationsströmen ausmachen, wenn sie im Rahmen einer strukturierten Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Hochschulen erteilt werden;

16. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Süd-Süd-Mobilität und die Mobilität innerhalb des Mittelmeerraums durch ein beschleunigtes Euromed-Visa-Programm und ein reformiertes Erasmus+-Programm auszuweiten;

17. schlägt die Einrichtung eines formellen zivilgesellschaftlichen Beratungsmechanismus vor, der mit der Governance-Struktur des Pakts verknüpft ist;

Tragfähigere und stärker integrierte Volkswirtschaften

18. unterstützt die Modernisierung der Handelsbeziehungen und die Förderung der Investitionsströme durch neue Formen von Abkommen, insbesondere für Sektoren mit hohem beiderseitigem Nutzen;

19. stellt fest, dass der Mittelmeerraum über ein enormes ungenutztes Potenzial in den Bereichen Solarenergie, Windenergie und grüner Wasserstoff verfügt, das als strategischer Pool für die regionale Energieversorgungssicherheit entwickelt werden muss, wobei durch erneuerbare Energiequellen, Verbundnetze, Speicherinfrastruktur und Energieeffizienz zur grünen Wende beigetragen wird;

20. betont, dass der blauen Wirtschaft als treibende Kraft für nachhaltige Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelmeerraum große Bedeutung zukommt;

21. betont, dass im Rahmen der Initiative für die Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien und saubere Technologien im Mittelmeerraum (T-MED) die Zusammenarbeit von punktuellen Maßnahmen auf eine strukturierte Pipeline von Projekten verlagert werden muss;

Vorsorge und Migrationsmanagement

22. betont, dass der Pakt eine Gelegenheit bietet, auf neue und bereichsübergreifende Weise Fortschritte auf dem Weg zu einem Mobilitätsraum Europa-Mittelmeer zu erzielen, indem Erfolge in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Start-up-Unternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, junge Menschen, Studierende sowie akademische und wissenschaftliche Zusammenarbeit unterstützt werden;

23. fordert einen konstruktiven Ansatz in Bezug auf die reguläre Migration mit einem nachhaltigen Schwerpunkt auf der Entwicklung von Talenten und Menschen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft;

24. fordert eine umfassende Reaktion, um sowohl den unmittelbaren operativen Erfordernissen als auch den langfristigen strukturellen Faktoren Rechnung zu tragen;

25. betont, dass Migration ein mehrdimensionales Phänomen ist, das durch einen umfassenden, rechtebasierten und auf den Menschen ausgerichteten Ansatz angegangen werden muss;

26. bekräftigt den Wert des menschlichen Lebens angesichts der Tausenden von Menschen, die infolge der Aktivitäten von Schleuser- und Menschenhändlernetzen ihr Leben verloren haben oder vermisst werden; regt an, dass die Kommission Nachforschungen anstellt und eine Initiative auf den Weg bringt, um denjenigen, die im Mittelmeer ihr Leben verloren haben, das „Recht auf einen Namen“ wiederzugeben – als Akt der Würde gegenüber allen Menschen und als Mahnung für künftige Generationen;

°

° °

27. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Vorsitz der PV-UfM, dem Generalsekretär der UfM und den UfM-Mitgliedern des südlichen Mittelmeerraums zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

In diesem Bericht wird der Standpunkt des Parlaments zur Zukunft der Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum dargelegt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem kürzlich ins Leben gerufenen Pakt für den Mittelmeerraum liegt. In einer Zeit, in der der Mittelmeerraum erneut zu einem von Konflikten, Hass und Krieg geprägten Raum zu werden droht, orientiert sich dieser Bericht an der Überzeugung, dass wir uns nicht mit der Fragmentierung und Instabilität abfinden dürfen. Stattdessen müssen wir eine neue Phase der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Verantwortung einleiten, die nicht nur von den Institutionen, sondern auch von der aktiven Rolle der Menschen, der Zivilgesellschaft, der Unternehmen und der lokalen Verantwortungsträger getragen wird, die allesamt zu wichtigen Akteuren beim Aufbau eines erneuerten Europa-Mittelmeer-Pakts werden können. In diesem Zusammenhang sollen in dem Bericht die wichtigsten Prioritäten des Parlaments für die Zukunft festgelegt werden, die sich am Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung orientieren.

Dreißig Jahre nach der Einleitung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (Barcelona-Prozess) gewinnt der Mittelmeerraum wieder große internationale Aufmerksamkeit. Dieses wiederauflebende Interesse fällt in eine Zeit, die von Fragmentierung, geopolitischen Spannungen, anhaltenden Konflikten und zunehmenden Ungleichheiten geprägt ist. Als Reaktion auf diese Herausforderungen hat die Kommission versucht, eine umfassende politische, wirtschaftliche, diplomatische und kulturelle Initiative wiederzubeleben, die darauf abzielt, den Dialog wiederzubeleben, die Zusammenarbeit zu stärken und regelmäßige Kontakte in der gesamten Region wiederherzustellen. Diese Bemühungen gipfelten in dem Pakt für den Mittelmeerraum sowie in der Ernennung des ersten Kommissionsmitglieds für den Mittelmeerraum und der Einrichtung einer eigenen Generaldirektion.

Diese erneuerte Zusammenarbeit zwischen der EU und unseren südlichen Nachbarn bietet eine einzigartige Gelegenheit, Mängel der Vergangenheit zu beheben, insbesondere in Bezug auf begrenzte Governance-Strukturen, unzureichende finanzielle Ambitionen und eine übermäßige Abhängigkeit von bilateralen Vereinbarungen anstelle von langfristigem Wandel und echter gemeinsamer Verantwortung. Ein besonderer Schwerpunkt des Berichts liegt auf der zwischenmenschlichen Dimension des Pakts, wobei zwischenmenschliche Verbindungen und Demokratie als Grundpfeiler der Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum im Hinblick auf einen echten gemeinsamen Mittelmeerraum hervorgehoben werden.

ANLAGE: ERKLÄRUNG ZU BEITRÄGEN

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt der Berichterstatter, dass er in seinen Bericht Beiträge zu mit dem Gegenstand des Dossiers zusammenhängenden Fragen aufgenommen hat, die er bei der Ausarbeitung des Berichtsentwurfs von den folgenden Interessenvertretern, die in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register[1] fallen, oder von den folgenden Vertretern staatlicher Stellen von Drittländern, einschließlich ihrer diplomatischen Vertretungen und Botschaften, erhalten hat:

1. Interessenvertreter, die in den Anwendungsbereich der Interinstitutionellen Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register fallen
Natural Resource Governance Institute
UNIMED - Mediterranean Universities Union
CIDOB (Barcelona Centre for International Affairs)
Open arms
Istituto Affari Internazionali
EuroMed Rights
MedCities
CPMR-CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS
ECCO think tank
The Platform of Israeli NGOs for Human Rights
Médecins Sans Frontières (OCB/LuxOR)
Anna Lindh Foundation
European Alliance Group (CoR)
Human Rights Watch
Foundation for European Progressive Studies
Mediterranea Saving Humans
Human Rights Watch
MEDPORTS Association
CeSPI
Diplomeds
University of Salento
Italian Institute of International Political Studies (ISPI)
OMEC
Enel
European University Institute
International Union of Socialist Youth IUSY
Eni S.p.A.
Avocats Sans Frontières
European Institute of the Mediterranean (IEMed)
European Commission
Comité européen des régions

[1] Interinstitutionelle Vereinbarung vom Mai 2021 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über ein verbindliches Transparenz-Register (ABl. L 207 vom 11.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2021/611/oj).

Euro-Mediterranean Regional and Local Assembly (ARLEM)
European Economic and Social Committee
UNIDO
Union for the Mediterranean (UfM)
UN Brussels Office
World Bank Group
Sea-Watch
UNESCO
Association of Chambers of Commerce and Industry of the Mediterranean (ASCAME)
President of the Chamber of Commerce of Barcelona
ETUC
Port of Algeciras - Autoridad Portuaria Bahía de Algeciras
2. Vertreter der Behörden von Drittländern, einschließlich ihrer diplomatischen Vertretungen und Botschaften
–

Für die vorstehende Liste ist ausschließlich der Berichterstatter verantwortlich.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt der Berichterstatter, dass er den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments (https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.